

Stadt Osnabrück
Der Oberbürgermeister

Osnabrück, den 23.06.2020

**Infektionsschutzrechtliche Allgemeinverfügung
zum Schutz vor Neuinfizierungen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2
aus Regionen mit besonderem Infektionsgeschehen**

Gemäß § 28 Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG), § 2 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Niedersächsischen Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (NGöGD) i.V.m. § 1 Abs. 1 Niedersächsisches Verwaltungsverfahrensgesetz i.V.m. § 35 S. 2 Verwaltungsverfahrensgesetz wird folgende Allgemeinverfügung erlassen:

Aufgrund eines besonderen Infektionsgeschehens in den Kreisen Gütersloh und Warendorf, das sich unter anderem durch eine Zahl von mehr als 50 Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 je 100.000 Einwohner eines Kreises beziehungsweise einer kreisfreien Stadt innerhalb einer Woche auszeichnet, gelten für Einwohnerinnen und Einwohner der Kreise Gütersloh und Warendorf, soweit sie sich im Gebiet der Stadt Osnabrück aufhalten, die nachfolgend geregelten Vorschriften über die Regelung der Niedersächsische Verordnung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus vom 8. Mai 2020 (Nds. GVBl. 13/2020, S. 97), zuletzt geändert durch die Verordnung zur Änderung der Niedersächsischen Verordnung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus vom 19. Juni 2020 (Nds. GVBl. 19/2020, S. 155), im Folgenden „Nds. Corona-VO“, hinaus:

- 1. Abweichend von § 2 Nds. Corona-VO dürfen Einwohnerinnen und Einwohner der Kreise Gütersloh und Warendorf, soweit sie sich im Gebiet der Stadt Osnabrück aufhalten, im öffentlichen Raum nur zusammentreffen, wenn es sich**
 - 1.1. ausschließlich um Verwandte in gerader Linie, Geschwister, Ehegatten, Lebenspartnerinnen und Lebenspartner sowie in derselben häuslichen Gemeinschaft lebende Personen,**
 - 1.2. um nur zwei Personen,**
 - 1.3. um die Begleitung minderjähriger und unterstützungsbedürftiger Personen oder**
 - 1.4. um zwingend notwendige Zusammenkünfte aus betreuungsrelevanten Gründen handelt. Umgangsrechte sind uneingeschränkt zu beachten.**

- 2. Abweichend von der Nds. Corona-VO sind für Einwohnerinnen und Einwohner der Kreise Gütersloh und Warendorf, soweit sie sich im Gebiet der Stadt Osnabrück aufhalten, zusätzlich zu den bereits nach der Nds. Corona-VO unzulässigen Angeboten, Tätigkeiten und besonderen Zusammenkünften unzulässig:**
 - 2.1. Der Besuch von Konzerten und Aufführungen in geschlossenen Räumen von Theatern, Opern- und Konzerthäusern, Kinos und anderen öffentlichen oder privaten (Kultur-)Einrichtungen,**

- 2.2. der Besuch von Museen, Kunstaussstellungen, Galerien, Schlössern, Burgen, Gedenkstätten und ähnlichen Einrichtungen, soweit er sich auf geschlossene Räume bezieht,
- 2.3. die Inanspruchnahme von Sportangeboten in geschlossenen Räumen einschließlich Fitnessstudios,
- 2.4. die Ausübung von Kontaktsportarten auch im Freien,
- 2.5. das Betreten von Sportanlagen als Zuschauer,
- 2.6. der Besuch von Bars und die Inanspruchnahme der Bewirtung an Theken in Gaststätten,
- 2.7. der Besuch von Indoorspielplätzen,
- 2.8. der Besuch von Schwimmbädern, Saunen und vergleichbaren Wellnesseinrichtungen, auch in Verbindung mit Beherbergungsbetrieben,
- 2.9. der Besuch von Spielhallen, Wettbüros und ähnlichen Einrichtungen,
- 2.10. das Picknicken und Grillen im öffentlichen Raum,
- 2.11. der Besuch von Versammlungen und Veranstaltungen, die nicht der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder der Daseinsfür- und -vorsorge (insbesondere politische Veranstaltungen von Parteien, Aufstellungsversammlungen zu Wahlen und Vorbereitungsversammlungen dazu sowie Blutspendetermine) zu dienen bestimmt sind oder bei denen es sich nicht um Sitzungen von rechtlich vorgesehenen Gremien öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Institutionen, Gesellschaften, Gemeinschaften, Parteien oder Vereine oder um Versammlungen nach dem Versammlungsgesetz handelt,
- 2.12. der Besuch von Festen (Veranstaltungen mit vornehmlich geselligem Charakter) mit einem herausragenden Anlass (z.B. Jubiläum, Hochzeits-, Tauf-, Geburtstags-, Abschlussfeier) sowie der Besuch von ausschließlich internen und jeweils einmalig selbst organisierten Feste von Schulabgangsklassen oder -jahrgängen außerhalb von Schulanlagen und Schulgebäuden,
- 2.13. die Teilnahme an Reisebusreisen und sonstige Gruppenreisen mit Bussen, bei denen der Start- oder Zielort im Bereich der Stadt Osnabrück liegt,
- 2.14. die Teilnahme an Tagesausflügen, Ferienfreizeiten, Stadtranderholungen und Ferienreisen für Kinder und Jugendliche, sofern der gemeinsame Gesundheitsdienst von Stadt und Landkreis Osnabrück diese nicht ausdrücklich genehmigt hat; dabei kann auch eine vorherige Testung der Teilnehmenden auf eine Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 zur Bedingung gemacht werden,
- 2.15. der Besuch bei Patientinnen, Patienten und beim Personal sowie das Betreten zu anderen Zwecken als zur Heilung und Pflege von
 - a. Krankenhäusern,
 - b. Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen,

- c. Heimen für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen oder Menschen mit Behinderungen nach § 2 Abs. 2 des Niedersächsischen Gesetzes über unterstützende Wohnformen (NuWG),
- d. in ambulant betreuten Wohngemeinschaften gemäß § 2 Abs. 3 NuWG,
- e. in Formen des betreuten Wohnens gemäß § 2 Abs. 4 NuWG und
- f. in ambulant betreuten Wohngemeinschaften zum Zweck der Intensivpflege, die nicht in den Geltungsbereich des Niedersächsischen Gesetzes über unterstützende Wohnformen fallen.

Dies gilt nicht für Besuche durch werdende Väter, durch Väter von Neugeborenen und durch Eltern und Sorgeberechtigte von Kindern auf Kinderstationen. Die Leitung der Einrichtung kann zudem Besuche durch nahestehende Personen von palliativmedizinisch versorgten Patientinnen und Patienten und von Patientinnen und Patienten, bei denen der Sterbeprozess eingesetzt hat, sowie Besuche im Rahmen der Sterbebegleitung durch ambulante Hospizdienste zulassen. Die Leitung hat zudem Besuche von gerichtlich bestellten Betreuerinnen und Betreuern sowie von Richterinnen und Richtern in Betreuungsangelegenheiten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Betreuungsstellen, Verfahrenspflegerinnen und Verfahrenspflegern, Lehrkräften für den Krankenhausunterricht, Seelsorgerinnen, Seelsorgern, Geistlichen und Urkundspersonen sowie von Personen, die für den Betrieb der Einrichtung notwendig sind, zuzulassen; die Zulassung ist mit Auflagen zu verbinden, die die Gefahr einer Infektion vermindern.

3. Die Teilnahme am Präsenzunterricht ist für Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz in den Kreisen Gütersloh und Warendorf, die Schulen in der Stadt Osnabrück besuchen, untersagt.

Dasselbe gilt für Kinder mit Wohnsitz in den Kreisen Gütersloh und Warendorf, die im Bereich der Stadt Osnabrück Kindertageseinrichtungen besuchen oder Kindertagespflege in Anspruch nehmen.

4. Ordnungswidrigkeiten werden gemäß § 73 Absatz 2 IfSG mit einer Geldbuße bis zu 25.000 Euro geahndet.
5. Diese Anordnungen sind gemäß § 28 Absatz 3 in Verbindung mit § 16 Absatz 8 IfSG sofort vollziehbar. Eine Klage gegen diese Allgemeinverfügung hätte daher keine aufschiebende Wirkung.
6. Diese Allgemeinverfügung tritt am Tag nach der Bekanntgabe in Kraft und gilt einschließlich bis zum 30.06.2020.

Begründung

Die vorliegende Anordnung verfolgt das Ziel, die Verbreitung des SARS-CoV-2-Virus einzudämmen, insbesondere einen „Verdrängungseffekt“ aus den Kreisen Gütersloh und Warendorf in das Gebiet der Stadt Osnabrück zu verhindern.

Die im Juni 2020 u.a. durch das Gesundheitsamt des Kreises Gütersloh durchgeführten Testungen aller in der Zerlegung der Firma Tönnies am Standort in Rheda-Wiedenbrück beschäftigten Personen ergab bislang 1.553 positive Ergebnisse. Aufgrund dieser Erkenntnisse lässt sich schlussfolgern, dass innerhalb der Produktion der Firma Tönnies am Standort in Rheda-Wiedenbrück ein erhebliches Infektionsgeschehen vorliegt. Die Zahl von 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in den letzten 7 Tagen wird damit deutlich überschritten.

Es ist zu erwarten, dass infizierte Beschäftigte weitere Personen angesteckt haben, mit denen sie gemeinsam wohnen oder mit denen sie Sozialkontakte pflegen. Eine weitere Ausbreitung in der Bevölkerung ist daher zu befürchten.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat mit heutigem Tage eine Verordnung zum Schutz vor Neuinfizierungen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 in Regionen mit besonderem Infektionsgeschehen (Coronaregionalverordnung – CoronaRegioVO) mit Geltungsbereich für die Kreise Gütersloh und Warendorf erlassen.

Diese Verordnung verbietet eine Anzahl an in Nordrhein-Westfalen sonst zulässigen Angeboten, Tätigkeiten und besonderen Zusammenkünften. Aufgrund der traditionell engen Verflechtungen zwischen Ostwestfalen, dem Münsterland und der Region Osnabrück besteht die naheliegende Gefahr, dass jetzt verbotene Aktivitäten in der Heimatregion aufgrund der Verbote stattdessen im Gebiet der Stadt Osnabrück wahrgenommen werden.

Um Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Weiterverbreitung der Infektion in der Stadt Osnabrück unverzüglich zu ergreifen, ist das Mittel der Allgemeinverfügung angemessen und erforderlich. Bisher ist unklar, inwieweit sich etwaige Kontakte der mit dem SARS-CoV-2-Virus infizierten Personen über Begegnungen außerhalb des Betriebes und zugleich innerhalb der betroffenen „Communitys“ (Freundeskreise, familiäre, kirchliche Kontexte) in der Stadt Osnabrück erstrecken.

Die angeordneten Maßnahmen dienen dem Ziel, die Verbreitung des SARS-CoV-2-Virus so zeitnah wie möglich auch in der Stadt Osnabrück einzudämmen. Zu einer Eindämmungsstrategie gehört auch der Schutz der vulnerablen Gruppen.

Vor diesem Hintergrund ist das Betretungs- und Besuchsverbot die einzig wirksame und verhältnismäßige Maßnahme, um eine Infektion durch soziale Nahkontakte zu verhindern und einen möglichen Viruseintrag durch nicht behandlungsbedürftige oder pflegebedürftige Dritte zu verhindern.

Hinsichtlich der Schülerinnen und Schüler in den Schulen sowie der Kinder in den Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege ist ebenfalls ein besonderer Schutzbedarf festzustellen. Das Risiko der Weiterverbreitung steigt erheblich mit der Anzahl der Kontakte sowie der Intensität der Kontaktmöglichkeiten. Das Risiko kann durch diese Anordnungen vermindert werden.

Rechtsgrundlage für die getroffenen Maßnahmen ist § 28 Absatz 1 IfSG. Nach Satz 1 trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden oder sich ergibt, dass ein Verstorbener krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider war, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Nach § 2 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 NGöGD und § 3 Abs. 1 Nr. 2 VwVfG ist die Stadt Osnabrück die für eine solche Anordnung zuständige Behörde.

Vor dem Hintergrund der sehr dynamischen Verbreitung von Infektionen mit dem SARS-CoV-2 Virus und Erkrankungen an COVID-19 müssen unverzüglich umfänglich wirksame Maßnahmen zur Verzögerung der Ausbreitungsdynamik und zur Unterbrechung von Infektionsketten ergriffen werden. Weitreichende effektive Maßnahmen sind dazu dringend notwendig, um im Interesse der Bevölkerung und des Gesundheitsschutzes die dauerhafte Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems in Niedersachsen sicherzustellen.

Gem. § 1 Abs. 1 IfSG ist der vom Bundesgesetzgeber vorgegebene (legitime) Zweck des IfSG, übertragbare Krankheiten beim Menschen vorzubeugen, Infektionen frühzeitig zu erkennen und ihre Weiterverbreitung zu verhindern. Da es sich vorliegend um Regelungen des besonderen Gefahrenabwehrrechtes handelt, sind Maßnahmen grundsätzlich gegenüber

Störern geeignet. Allerdings können die Maßnahmen zur Bekämpfung von Infektionen auch gegenüber Nichtstörern zur Anwendung gebracht werden, um diese beispielsweise vor Ansteckungen zu schützen (BVerwG, Urteil vom 22.03.2013, 3 C 16/11, Rn. 26).

Die Stadt Osnabrück hat mit den obigen Verfügungen diesen legitimen Zweck aufgegriffen, denn diese dienen dem Zweck der Verhinderung der Verbreitung des Coronavirus. Ein weiterer legitimer Zweck ist dabei auch die Verhinderung des Zusammenbrechens des Gesundheitssystems.

Die obigen Maßnahmen sind geeignet, dieses Ziel zu verfolgen, da auf diese Weise das Zusammentreffen einer Vielzahl von Menschen, und so die weitere Übertragung der Krankheit, vermieden wird.

Ein milderes Mittel zur Eindämmung der Ausbreitung von COVID-19 ist nicht ersichtlich, was die obigen Maßnahmen aus infektionsschutzrechtlichen Gründen erforderlich macht. Kontaktreduzierende Maßnahmen tragen in besonderer Weise zum Schutz besonders vulnerabler Bevölkerungsgruppen bei, denn gegen das SARS-CoV-2-Virus steht derzeit keine Impfung bereit und es stehen keine gezielten, spezifischen Behandlungsmethoden zur Verfügung. Daher stellen die kontaktreduzierenden Maßnahmen für die breite Bevölkerung das einzig wirksame Mittel zum Schutz der Gesundheit der Allgemeinheit und zur Aufrechterhaltung zentraler Infrastrukturen dar.

Zuletzt sind die obigen Maßnahmen auch angemessen. Diesbezüglich erfolgt eine Abwägung der Schutzgüter gegeneinander. Gegenüber stehen sich die allgemeine Handlungsfreiheit sowie der Gesundheitsschutz der Bevölkerung. Angesichts des sich rasch ausbreitenden Virus und dessen hoher Gefährlichkeit, überwiegt hier der Gesundheitsschutz (so auch OVG Lüneburg, Beschluss vom 27.04.2020 - 13 MN 98/20, Rn. 60; OVG Hamburg, Beschluss vom 30.04.2020 - 5 Bs 64/20; OVG Bremen, Pressemitteilung vom 23.04.2020 zum Beschluss vom 23.4.2020, Az. 1 B 107/20).

Berücksichtigt werden muss diesbezüglich insbesondere auch, dass es sich um eine zeitliche begrenzte Maßnahme handelt. Der Zeitraum der häuslichen Absonderung orientiert sich im vorliegenden Fall an den nach derzeitigem Stand der Wissenschaft sachgerechten Kriterien.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Osnabrück, Hakenstr. 15, 49074 Osnabrück erhoben werden. Auf Antrag kann das Verwaltungsgericht Osnabrück, Hakenstr. 15, 49074 Osnabrück die aufschiebende Wirkung gem. § 80 Abs. 5 VwGO ganz oder teilweise anordnen.

Osnabrück, den 23.06.2020

Wolfgang Griesert
(Oberbürgermeister)